

Ökologischer Imperialismus : Ressourcenkonflikte und ökologische Abhängigkeiten in der neoliberalen Globalisierung

Autor(en): **Görg, Christoph**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **24 (2004)**

Heft 47

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652512>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ökologischer Imperialismus

Ressourcenkonflikte und ökologische Abhängigkeiten in der neoliberalen Globalisierung

Es ist noch gar nicht so lange her, dass ökologische Bedrohungen als starker Hebel zur Entstehung eines neuen planetarischen Bewusstseins, der Durchsetzung einer „vernünftigen Welteinheit“ (E. Richter) angesehen wurden. Und in der Tat entstanden vor allem in den frühen 1990er Jahren im Umkreis der UNCED-Konferenz in Rio 1992 eine ganze Reihe von internationalen Abkommen, die zu belegen schienen, dass die Menschheit – oder wenigstens die Staaten und ihre Regierungen – zu einem kooperativen Handeln zur Bewältigung dieser globalen Problemlage gewillt und fähig sei. Damit war sogar die Hoffnung verbunden, dass diese Erfahrung einer kooperativen Problembearbeitung ausstrahlen könnte auf andere Problemfelder. Anfang des 21. Jahrhunderts hat diese Hoffnung einer tiefgreifenden Ernüchterung Platz gemacht. Nicht nur haben sich die oft weitreichenden Erwartungen an eine gesellschaftliche Transformation unter dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung nicht erfüllt; die Umweltproblematik und ihre Bearbeitungsformen, weit entfernt davon, auch nur die gravierendsten Entwicklungen gestoppt oder gar umgekehrt zu haben, scheinen mehr und mehr selbst anderen Prozessen untergeordnet zu werden. Wo die globale Wettbewerbsfähigkeit und mit ihr scheinbar eng verbundene Fragen (leere Staatskassen, Arbeitslosigkeit etc.) oder die Sicherung nationaler Interessen eindeutige Priorität genießen, da muss die Ökologie wieder ins zweite oder gar dritte Glied zurücktreten. Und auf internationaler Ebene werden die Umweltabkommen von den Abkommen zur Handelsliberalisierung und zur Sicherung geistigen Eigentums im Umfeld der Welthandelsorganisation (WTO) dominiert.

Nun wirkt selbst bei dieser Ernüchterung, so wichtig sie als Ausgangspunkt einer Erfahrung sein könnte, noch die Illusion weiter, es hätte diese gemeinsame Bedrohungsperspektive und das verbindende Bewusstsein jemals gegeben. Während diese Illusion besonders die (deutschsprachige, aber auch andere Varianten der) Umweltforschung prägte, gab es jedoch schon lange Stimmen, die eine völlig andere Perspektive auf diese Problemlage einnahmen, sei es, dass auf die völlig unterschiedliche Realität ökologischer Probleme in nördlichen Industrieländern und in südlichen „Entwicklungsländern“ hingewiesen wurde (Bryant/Bailey 1997), oder dass der kurzschlüssige „Managerismus“ (Redclift 1994) in Umweltfragen kritisiert und die Berücksichtigung globaler Machtverhältnisse eingefordert wurden. Selbst die vorsichtige Kritik von Anita Engels (2003, 15f.) an der

Umweltforschung, es würde nicht berücksichtigt, dass selbst die Durchsetzung eines einheitlichen planetarischen Weltbilds zu einer Reproduktion der globalen Ungleichheiten beitrage, ignoriert noch diese Diskussionen und Forschungen.

In radikaler Form wird die Annahme einer gemeinsamen globalen Bedrohungslage aber von der These bestritten, dass wir es mit einem neuen ökologischen Imperialismus zu tun haben, in dem der Zugang zu Ressourcen und die Gestaltung der ökologischen Abhängigkeiten zusammen mit Tendenzen zu einer imperialen Kontrolle der Welt gesehen werden müssen (z.B. Foster/Clark 2003). Inwieweit sich diese These halten lässt, hängt in erheblichem Maße von der Einschätzung der Rolle der Umweltproblematik in der gesellschaftlichen Entwicklung und der Bedeutung umweltpolitischer Maßnahmen für diese Entwicklung ab. *Kurz gesagt*: Wo ausschliesslich auf ökologische Probleme als eine historisch neuartige globale Problemlage fokussiert wird, die zu kooperativen Ansätzen in der „Weltgesellschaft“ zwingt, da wird sowohl die Vorgeschichte als auch die Gegenwart ökologischer Abhängigkeiten und die höchst selektive, weil durch globale Machtverhältnisse geprägte, Vermittlung von Natur und Gesellschaft ausgeblendet. Richtig verstehen lassen sich die neuen umweltpolitischen Institutionen und Abkommen aber nur in bezug auf die neoliberale Umstrukturierung globaler gesellschaftlicher Naturverhältnisse.

Die neoliberale Prägung der Umweltabkommen

Zwei Mythen über die Strategien neoliberaler Politik – und wie ihnen zu begegnen sei – halten sich hartnäckig. Einmal der Glaube, er beruhe auf einer Freisetzung der Marktkräfte, was dann je nach politischer Ausrichtung begrüßt oder kritisiert wird. Wird dann aber versucht, den offenkundigen Krisen in ökonomischer, sozialer wie ökologischer Hinsicht durch ein „Global Governance“ entgegenzutreten, dann wird zudem ignoriert, wie stark diese internationalen Institutionen selbst durch neoliberale Strategien geprägt sind. Der Glaube, es ginge um ein globales institutionelles „Wiedereinbetten“ der mehr und mehr als zerstörerisch erlebten globalen Marktkräfte, übersieht, dass gerade diese Institutionen von Beginn an an der neoliberalen Umstrukturierung beteiligt waren. Diese Mythen gehen oft einher mit einem sehr sektoralen Verständnis von Umweltpolitik als einem spezialisierten Politikfeld, das sich erst in entwickelten Industrienationen herausbilde. In einem erneuerten modernisierungstheoretischen Optimismus (vgl. Görg 2004b) wird davon ausgegangen, dass die nord-westlichen Industrieländer, weil ökonomisch leistungsfähiger, im Prinzip auch über überlegene Gestaltungspotentiale in den Naturverhältnissen verfügen, dass aber dazu die Marktkräfte korrigierender (politischer, sozialer) Institutionen bedürften. Doch in diesem Bild wird nicht nur die umfassende

Relevanz gesellschaftlicher Naturverhältnisse für alle gesellschaftlichen „Entwicklungsstufen“ unterschätzt – es wird vor allem auch unterschätzt, inwieweit in der Realität von Global Governance schon längst die neoliberale Transformation *postfordistischer Naturverhältnisse* eingebaut ist (Brand/Görg 2002).

Dagegen ist das Konzept *gesellschaftlicher Naturverhältnisse* darauf ausgerichtet, die Gesamtheit der Formen zu thematisieren, in denen Gesellschaften ihre Verhältnisse zur Natur symbolisch gestalten und praktisch regulieren – von der Ökonomie und wissenschaftlich-technischen Innovationen über kulturell verankerte Lebensweisen und hierarchisch strukturierte Geschlechterverhältnisse bis zur expliziten Umweltpolitik (i. S. der Reaktion auf Umweltbelastungen; vgl. dazu umfassender Görg 2003). Ist aber die Relevanz der Ökologieproblematik wesentlich weitergehend, als es der Fokus auf letztere suggeriert, dann kann eine isolierte Policy-Orientierung auf das Politikfeld „Umwelt“ den tatsächlichen Vermittlungen von ökologischen und gesellschaftlichen Prozessen nicht gerecht werden. Aus dem Auge gerät vor allem der Zusammenhang zwischen ökologischer Problematik und gesellschaftlichen Umstrukturierungen, die als Übergang vom *Fordismus zum Postfordismus* zu begreifen sind und die sowohl die innergesellschaftlichen wie auch die internationalen Strukturmuster erheblich verändert haben.

Die ökologische Krise war, symbolisch wie materiell, eng mit der Krise des Fordismus verbunden. Auf der *materiellen* Seite war das fordistisch-fossilistische Wohlstandsmodell der nördlichen Industriegesellschaften auf materiell-stofflicher Seite maßgeblich verantwortlich für die enorme Ausweitung des Ressourcenverbrauchs und die steigende Belastung der natürlichen Umwelt durch Schadstoffe (Altvater 1992). Auf der anderen, *symbolischen* Seite thematisierten soziale Bewegungen und Intellektuelle die ökologische Krise als eine gesellschaftliche Krise, indem die sozialen Ursachen der Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse zu benennen versucht wurden. Doch diese Konstellation geriet in den 80er Jahren immer stärker in den Sog des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft. Die zentrale Strategie zur Durchsetzung des postfordistischen Kapitalismus war die neoliberale Ausrichtung der Gesellschaft an den Imperativen der Effizienz und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Auch staatliche Politik wurde immer stärker daran ausgerichtet (Hirsch 1995). Ein weiterer Punkt kommt hinzu. Seit den 90er Jahren hat die Entwicklung neuer Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie der neueren Bio- und Gentechnologien, auch auf ökonomisch-technischer Ebene zur Herausbildung veränderter, *postfordistischer Naturverhältnisse* beigetragen (Brand/Görg 2003).

Mit dem Übergang zum Postfordismus ändern sich sowohl die Arbeitsweise zentraler gesellschaftlicher Institutionen als auch – auf eine durchaus widersprüchliche Art und Weise – der Zugriff auf natürliche

Ressourcen. Mit dem immer stärker werdenden, von machtvollen Interessen gesetzten Imperativ internationaler Wettbewerbsfähigkeit wird auch der Umgang mit Natur als Ressource stärker den Rentabilitätskalkülen des Kapitals unterworfen (gerade in südlichen Ländern erhält dies durch den Kontext von Auslandsverschuldung und Zwang zum Schuldendienst besondere Bedeutung). Aufgrund neuer technologischer Verfahren und neuer Produktionsstrukturen gewinnt ihre ökonomische Verwertung, d.h. ihre Inwertsetzung im Sinne der Subsumtion unter die kapitalistische Verwertungslogik, eine neue Qualität. Insbesondere die neuen Bio- und Gentechnologien erfordern partiell diesen anderen Zugriff auf Natur und machen Teile der außermenschlichen wie auch der menschlichen Natur zu „strategischen Ressourcen“ (Ceceña/Barreda 1995).

Auf internationaler Ebene bildet sich damit ein *Kooperations-Konkurrenz-Paradox* als zentrale Rahmenbedingung internationaler Umweltpolitik heraus. Davon wird in den sozialwissenschaftlichen wie auch öffentlichen Diskussionen meist nur die eine Seite erwähnt: ein wachsender Druck zur kooperativen Bearbeitung grenzüberschreitender Umweltprobleme. Dieser Druck setzt sich nicht naturwüchsig als direkte Folge ökologischer Problemlagen durch, sondern immer vermittelt durch seine öffentliche Symbolisierung durch soziale Akteure (NGOs, WissenschaftlerInnen, die sog. „Wissensgemeinschaften/epistemic communities“ etc.). Der politische Druck zur Kooperation hat in den vergangenen Jahren zu einer kaum noch überschaubaren Zahl internationaler Umweltabkommen geführt. Allerdings heben diese Abkommen und Regime die Konkurrenz zwischen Staaten sowie zwischen verschiedenen ökonomischen Sektoren und Regionen keineswegs auf. Vielmehr prägt diese Konkurrenz die bestehenden Abkommen in hohem Maße, und zwar umso stärker, je mehr von einzelnen Abkommen komplexe Querschnittsprobleme tangiert und damit meist auch Spannungsverhältnisse zwischen verschiedenen internationalen Vertragswerken sichtbar werden (beides kann in der internationalen Biodiversitätspolitik gut beobachtet werden; vgl. Brand/Görg 2003). Generell lässt sich sagen, dass sich sowohl in nationalen als auch in internationalen Maßnahmen zur Bearbeitung ökologischer Problemlagen völlig unterschiedliche und z.T. gegensätzliche Interessen artikulieren, welche die Konkurrenz zwischen verschiedenen nationalen wie internationalen Interessengruppen in die Vertragstexte und den weiteren Verhandlungsprozess hineinragen bzw. einschreiben. In Anlehnung an die Staatstheorie von Nicos Poulantzas kann man daher von internationalen Institutionen als Formen der *Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse zweiter Ordnung*¹ sprechen.

Imperialismus und Naturbeherrschung

Nun ist daran vieles neu, aber nicht alles. Wie jüngst die deutsche Veröffentlichung von Mike Davis Studie zur „Geburt der Dritten Welt“ (2004)

gezeigt hat, besteht ein enger Zusammenhang zwischen der spezifisch neuzeitlichen Ausprägung globaler Ungleichheit und der Gestaltung der Naturverhältnisse, zwischen kapitalistischer Globalisierung und der Inwertsetzung und Zerstörung anders organisierter sozial-ökologischer Lebensformen. Um diesen Zusammenhang genauer zu beleuchten, ist allerdings ein etwas anderer Zugang als der von Davis gewählte, sehr materialreiche und deskriptive des Historikers hilfreich. Im Ansatz der „Third World Political Ecology“ (Bryant/Bailey 1997) stehen zwei Aspekte im Vordergrund, die zum besseren theoretischen Verständnis beitragen können: die Betonung der Verschiedenheit selbst scheinbar globaler Umweltprobleme in unterschiedlichen Gesellschaften und die Bedeutung des Machtkonzepts im Begriff des „politicised environment“.

Im Hinblick auf den ersten Punkt ist zunächst von Bedeutung, dass ökologische Probleme in verschiedenen Gesellschaften höchst unterschiedliche Formen annehmen. Selbst an globalen Umweltproblemen sind die verschiedenen nationalen Gesellschaften in Nord und Süd höchst ungleich beteiligt – sowohl was die Ursachen als auch was die Folgen angeht (vgl. Fürst 1999). Schon aus diesem Grund ist die Unterstellung wie bei Beck (1986), dass alle Menschen von bestimmten globalen Problemen gleichermaßen betroffen seien, naiv, denn offenkundig stellen sich erhebliche Verteilungsprobleme im Hinblick auf die Nutzung der globalen Umwelt wie im Hinblick auf Reduktionserfordernisse. Darüberhinaus sind deutliche Unterschiede in der Konstruktion der Problemlage zwischen Nord und Süd zu beobachten. In den Industriegesellschaften des Nordens war die Hauptmotivation für ein ökologisches Engagement die Sorge um eine drohende ökologische Katastrophe. Demgegenüber stellt sich in vielen Ländern des Südens das Ökologieproblem zuerst als ein Problem der alltäglichen Sicherung des Lebensunterhalts, in Form von Nahrungsmitteln, von Feuerholz oder sauberem Wasser, und es ist damit in völlig andere soziale Praktiken und Zyklen eingelassen (Bryant/Bailey 1997, 28ff.). Diese alltägliche Gegenwart ökologischer Probleme, die aber oft nicht als solche thematisiert werden, sondern als soziales, im engeren Sinne als Armutproblem erscheinen, bringt eine völlig andere Ausrichtung der Wahrnehmung mit sich als in nördlichen Industrieländern. Wenn dort die ökologische Problematik oft als ein Luxusproblem interpretiert wird², dann ist die ökologische Katastrophe im Süden schon in den normalen Alltag, in eine oft krisenhafte Realität post- und neokolonialer sozialer Verhältnisse eingebaut.

Wenn ökologische Aspekte in die alltäglichen Probleme vieler Menschen in den Ländern des Südens einfließen, dann sind die konkreten sozialen Auswirkungen dieser Belastungen ernstzunehmen und genau zu analysieren. Ökologische Degradationen betreffen nämlich keineswegs alle gleichermaßen, sondern verschärfen hierarchische gesellschaftliche Verhältnisse und generieren neue Dimensionen von Ungleichheit. So gilt

die Beobachtung der alltäglichen Relevanz ökologischer Probleme nicht in gleicher Weise für die städtische Mittel- und Oberschicht südlicher Länder, die oft in Verhältnissen leben, die viel mehr gemeinsam haben mit der Lebensweise in den nördlichen Industriegesellschaften, während sich diese umgekehrt als mehr oder weniger homogene Gesellschaften ebenfalls aufzulösen beginnen. Sozial-ökologische Spaltungen folgen nicht so einfach der geographischen Nord-Süd-Ausrichtung, sondern durchziehen südliche wie nördliche Länder mit alten und neuen Gegensätzen. Vor allem sind ökologische Belastungen nicht geschlechtsneutral, sondern verschärfen in vielen Fällen bestehende Formen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und damit verbundene patriarchale Strukturen. Zum Beispiel werden besonders belastende Tätigkeiten wie die Versorgung mit Feuerholz oder Wasser in vielen Fällen von Frauen ausgeübt, so dass sich deren Situation durch die ökologischen Probleme noch verschlechtert. Da Frauen aber auch in vielen Fällen auf diese Situation reagieren und sie zum Anlass von Protest und Widerstand gegen ihre Unterdrückung genommen haben, lassen sie sich gleichwohl nicht als alleinige Verliererinnen der ökologischen Problematik darstellen (vgl. zu feministischen Sichtweisen Wichterich 2002).

Scheinbar alle Menschen gleichermaßen betreffende Probleme nehmen also Erscheinungsformen an, die gegensätzliche Interessenlagen (von Süd und Nord, Stadt und Land, Männern und Frauen, industrialisierter vs. Subsistenz-Landwirtschaft, nationaler Mehrheitskultur und indigener Völker u.ä.) implizieren und Spaltungen zwischen diesen Interessengruppen produzieren bzw. verstärken. Die im UN-Jargon wie in der Umweltforschung eingeführte Bezeichnung „armutsbedingte Umweltbelastung“ tendiert jedoch dazu, die lokalen Akteurinnen und Akteure nur als passiv Betroffene und nicht als soziale Akteure im vollen Sinne aufzufassen. Um ihre Stellung als Handelnde sichtbar zu machen, die nicht aus schicksalhaften Verkettungen, sondern aus gesellschaftlichen Gründen ökologischen und sozialen Depravierungen ausgesetzt sind, müssen ökologische Probleme in den politischen und ökonomischen Kontext eingebettet werden.

Dies bedeutet, die *gesellschaftliche Verursachung* bestimmter Prozesse konkret aufzuzeigen. Die verschiedenen Dimensionen ökologischer Probleme sind also vor dem Hintergrund der Interessenlagen und Strategien verschiedener Akteurgruppen und ihrer Machtpotentiale zu analysieren. Und diese Machtpotentiale sind nicht erst auf den politischen oder gesellschaftlichen Bereich beschränkt, sondern in die Naturverhältnisse verschiedener Gesellschaften direkt eingeschrieben. Gemäß dem Begriff des „politicised environment“ ist Umwelt (oder Natur) nicht eine unberührte, neutrale Umgebung menschlicher Aktivitäten und Macht auch keine reine innergesellschaftliche Kategorie, sondern Macht bezieht sich auf „the ability of an actor to control their own interaction with the environment and the interaction of other actors with the environment“ (Bryant/Bailey 1997, 39). Die Gestaltung der Naturverhältnisse einer Akteurgruppe ist demnach in

Verbindung zu sehen mit der Kontrolle über die Naturverhältnisse einer anderen Akteurgruppe – und *beides zusammen* konstituiert spezifische Machtpositionen. Die globalen Macht- und Herrschaftsformen artikulieren sich dann dadurch, wie die verschiedenen Akteure ihre Naturverhältnisse zu gestalten vermögen und inwieweit sie dabei von anderen abhängig sind oder umgekehrt diese zu kontrollieren vermögen – von der Zeit der europäischen Expansion und der Ausbeutung des natürlichen Reichtums der Kolonien über das Zeitalter des Imperialismus bis in die moderne Naturschutzpolitik hinein.

Für diesen Zusammenhang liefert nun die Studie von Davis eine Fülle von besonders drastischen Anschauungsformen. So tritt er der These entgegen, dass Armut und Hunger in vielen Ländern der sogenannten Dritten Welt ein Symptom von deren quasi „natürlicher“ Rückständigkeit sei. Stattdessen verweist er darauf, dass zu Zeiten der französischen Revolution die globalen Ungleichheiten zwischen den Erdteilen noch nicht sehr ausgeprägt gewesen seien, dass viele Regionen (wie z.B. Indien) auch in industrieller Hinsicht (bzw. im Hinblick auf die ökonomische Leistungsfähigkeit ihrer Manufakturen) selbst den fortgeschrittenen Ländern Europas wie Englands überlegen gewesen seien und dass erst im Laufe des 19. Jahrhunderts die globale Ungleichheit enorm gewachsen sei. Dafür verantwortlich waren nicht zuletzt die imperialen Strategien der europäischen Großmächte, allen voran Englands, d.h. militärische Gewalt und politisch-staatliche Kontrolle. Ein zentrales Instrument dieser imperialen Strategie war aber nach Davis (2004, 281ff.) das, was er die „politische Ökologie des Hungers“ nennt, und was er an Hand der Beispiele Indien, China und Brasilien detailliert beschreibt.

Das Interessante an Davis Studie ist nun, dass er keineswegs soziale Faktoren wie Machtverhältnisse und Interesselagen gegen „natürliche“ Bedingungen (klimatischer Art, Bodenbeschaffenheit etc.) ausspielt, sondern beides zu integrieren versucht. Allzu leicht kann nämlich beides auseinanderfallen, sei es, dass die europäische Dominanz auf natürliche Faktoren (wie z.B. die genetische Vielfalt in unterschiedlichen Regionen der Erde); zurückgeführt und damit naturalisiert wird, oder dass umgekehrt die Relevanz materiell-stofflicher Dimensionen in der Geschichte ausgeblendet wird (vgl. zu diesem Problem in verschiedenen historischen Ansätzen Arnold 1996; zum Verhältnis von Naturalismus und Soziozentrismus in den Sozialwissenschaften Görg 1999). So sind Dürre und Hunger im Zusammenspiel beider Faktoren zu sehen, ist erstere nicht einfach ein meteorologisches Faktum, sondern erhält „ihre Bedeutung erst in Verbindung mit der Restrukturierung der Umwelt im Rahmen unterschiedlicher Produktionssysteme“ (Rolando Garcia, zit. nach Davis 2004, 28).

Was schon für die Dürre gilt, das gilt erst recht für das Auftreten von Hungersnöten. Inwieweit es zu Ernteausfällen kommt oder diese gar zu Hungerkatastrophen sich auswachsen, das kann ohne Berücksichtigung

der sozialen Institutionen (von Bewässerungssystemen, Landrechten, Marktpreisen, Hilfsinstitutionen etc.) überhaupt nicht erfasst werden: „Hungerkatastrophen sind [demnach] soziale Krisen, die das Versagen spezifischer ökonomischer und sozialer Systeme widerspiegeln“, zitiert Davis (ebd., 291) Michael Watts. Einmal geht es hier um die Funktion sozialer Gemeingüter wie z.B. des Zugangs zu Wasser oder Gemeindeland, die in der Lage sind, die Auswirkungen von Dürren und Ernteausfälle auszugleichen, die aber, wie Davis (ebd., 329ff.) am Beispiel Indien aufzeigt, im Zuge der Kolonisierung systematisch zerstört und privatisiert wurden. Zudem geht es aber auch um politische Institutionen und deren Ausrichtung: auf soziale Grundsicherung wie im China des 18. Jahrhunderts (ebd., 284ff.) oder auf das Dogma des Freihandels wie im britischen Empire. War dieses Dogma aber nach außen, im internationalen System, nur durch Krieg und Gewalt durchzusetzen, dann war es genauso nach innen nur durch einen gnadenlosen Utilitarismus eines Herbert Spencer durchzusetzen, der, wie Davis am Beispiel Indien besonders eindrücklich demonstriert, bereit war, wirklich über Leichenberge zu gehen. Natürliche Faktoren wie das Klima sind daher nicht nur immer mit sozialen Prozessen vermittelt; letztlich handelt es sich um gewaltsame Umstrukturierungen mit katastrophalen Implikationen. Daraus schließt Davis: „Kämpfe sind für das Verständnis von Hungersnöten nicht peripher, sondern sollten im Zentrum der Analyse stehen.“ (ebd., 31)

Dieser Aufforderung versucht Davis in seiner eigenen historischen Arbeit gerecht zu werden, indem er zwar klimatische Bedingungen wie das El Niño-Phänomen³ ernstnimmt, aber seine gesellschaftliche Relevanz vor dem Hintergrund globaler Strategien diskutiert. Und da spielen El Niño-Phänomene in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine entscheidende Rolle, um bestimmte Regionen wie z.B. China in die europäisch dominierte Weltökonomie zu integrieren bzw. andere Regionen wie Indien einer selektiven Integration in den Weltmarkt zu unterwerfen. Mehrere große Hungerkatastrophen suchten zwischen 1876 und dem Beginn des 20. Jahrhunderts nahezu alle Teile der Welt heim, denen Millionen Menschen vor allem im Trikont zum Opfer fielen. Genaue Schätzungen sind schwierig, aber sie übertreffen die große Hungersnot in Irland 1845-47 mit ca. einer Millionen Toten um das zehnfache (in China zwischen 1876 und 1879 schätzungsweise zwischen 9.5 und 20 Millionen, in Indien 1896 bis 1900 zwischen 6.1 und 19 Millionen), ohne dass sie in der Erinnerung der Europäer eine Spur hinterlassen hätten. Stellt dies den typischen Fall einer postkolonialen Gedächtnislücke dar – wer erinnert sich schon in Deutschland an den ersten Völkermord in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, nämlich an den Herrero –, dann sind die Folgen in materialem Sinne nicht weniger gravierend. Entgegen der Malthusianischen Ideologie eines „natürlichen Bevölkerungsausgleichs“ zeigt Davis auf, dass diese Katastrophe trotz aller klimatischen Faktoren gesellschaftliche, und das heisst hergestell-

te Ursachen hat: „Aufgezwungene Handelsschulden, ein zunehmender Exportdruck zu Lasten der einheimischen Nahrungssicherheit, überhöhte Steuern und ein räuberisches Handelskapital, die Kontrolle des Auslands über zentrale staatliche Einnahmequellen und Entwicklungsressourcen, anhaltende imperiale Militäraktionen und Bürgerkriege, ein Goldstandard, der die Taschen der asiatischen Kleinbauern leerte: Das waren im Kern die Modalitäten, mit denen die ‘strukturellen Anpassungskosten’ der späten viktorianischen Weltwirtschaft von Europa und Nordamerika auf die Bauern in den frisch geprägten ‘Peripherien’ übertragen wurden.“ (Davis 2004, 308)

Auch wenn die gesellschaftlichen Mechanismen und die politischen Strategien komplex waren, kann doch kein Zweifel daran bestehen, dass die *politische Ökologie des Hungers* im Zusammenhang gesehen werden muss mit imperialistischen Strategien, die kapitalistische Akkumulationsdynamik zu exportieren und andere Regionen ihr zu unterwerfen. Dürren und Hunger und ihre sozialen Folgen sind ein Beispiel für die gewaltsame Ausdehnung und gleichzeitig Absicherung kapitalistischer Akkumulation, die schon Rosa Luxemburg als Kern der historischen Phase des Imperialismus bezeichnet hat. Davis kann dem die Erkenntnis hinzufügen, dass sich die globalen Machtverhältnisse in die gesellschaftlichen Naturverhältnisse einschreiben und dass die Kontrolle über die Gestaltung der Naturverhältnisse anderer Regionen ein wesentlicher Faktor in den imperialistischen Strategien darstellt. Wenn es einem Akteur, hier vor allem dem britischen Empire, gelingt, die Fähigkeiten zur Gestaltung der Naturverhältnisse von anderen Akteuren – z.B. den indischen Bauern – seinen eigenen Strategien zu unterwerfen und dazu z.B. Formen der Subsistenzproduktion, des Gemeineigentums oder der Hungervorsorge zugunsten der Abhängigkeit von der Lohnarbeit und vom Weltmarkt zu zerstören, dann handelt es sich um das Phänomen einer fortlaufenden „ursprünglichen Akkumulation“ im Weltmaßstab: um die Unterwerfung der „Dritten Welt“ wie der Natur unter die Imperative kapitalistischer Akkumulation. Und diese Logik prägt das Verhältnis zwischen kapitalistischen Metropolen und Peripherie bis heute (Alnasseri 2004).

Globale Naturverhältnisse in der postfordistischen Restrukturierung

Das heißt aber noch nicht, dass damit die dominanten Akteure in der Lage wären, die Welt nach ihrem Bild zu schaffen – wenigstens nicht ohne Abstriche. So wie der Hunger nicht ohne soziale Kämpfe zu analysieren ist, so müssen die sozialen Konflikte Beachtung finden, durch die hindurch die Unterwerfung der Welt erst durchgesetzt wird. Und da sich die Konflikte um die Ausgestaltung der gesellschaftlichen (Natur-)Verhältnisse gerade in internationalen Institutionen verdichten, sind diese Institutionen heute besonders zu beachten. Überträgt man die Staatstheorie von Poulantzas auf

diese Institutionen, dann sind diese weder bloße Instrumente der dominanten Akteure (vor allem der USA), noch die Übersubjekte gesellschaftlicher Entwicklung (wie die WTO so oft in der Sichtweise globalisierungskritischer Bewegungen). Sie als *Verdichtungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zweiter Ordnung* zu begreifen, bedeutet, nicht allein die Macht der dominanten Akteure in Rechnung zu stellen, sondern eine Dialektik von Konflikt und Kooperation, die allerdings durch die jeweilige Macht der Akteure entscheidend geprägt ist. Das bedeutet, dass es heute nicht ausreicht, die Politik der USA z.B. in der Klimapolitik an den Pranger zu stellen, sondern die Lebensweise der Industrienationen generell (auch wenn ihre Regierungen unterschiedliche Strategien fahren), aber auch die Widersprüche und Konflikte, die diese Politik hervorruft, zu analysieren.

Die tatsächliche Wirkung globaler Umweltpolitik ist also nicht so sehr die vorsorgende Reaktion auf die im Kontext der ökologischen Krise neu hervorgetretenen Abhängigkeiten von Natur und ihre ökologischen wie sozialen Folgen, als vielmehr die Etablierung einer Strategie reflexiver Naturbeherrschung im Rahmen einer postfordistischen Restrukturierung der Gesellschaften (vgl. dazu ausführlicher Görg 2004a). Im Kontext der ökologischen Krise wurde die Abhängigkeit der entwickelten Industrieländer von den Naturverhältnissen in anderen Ländern und Regionen deutlich – nicht nur im Hinblick auf die fossilen Brennstoffe oder den Zugang zu neuen genetischen Ressourcen, sondern ebenso im Sinne globaler Problemkomplexe wie des Verlusts der biologischen Vielfalt oder der Klimaproblematik mit ihren unbekanntem oder nur schwer abschätzbaren gesellschaftlichen Folgekosten. Die Gegenstrategien, die dagegen entworfen, und die Maßnahmen und Institutionen, die ergriffen und eingeführt wurden, sind Ausdruck einer sehr selektiven Problemwahrnehmung und -bearbeitung.

Irreführend wäre es trotzdem, sie allein als ideologische Ablenkung oder als diskursive Dethematisierung der vermeintlich entscheidenden globalen Machtstrategien abzuwerten. Auch wenn diese Reaktionsstrategien nicht isoliert betrachtet werden sollten, dann sind sie doch auch nicht nur ein oberflächlicher Ausdruck der tieferliegenden Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Sowohl in den jeweiligen nationalen Gesellschaften als auch mehr und mehr im globalen Rahmen sind die Naturverhältnisse entscheidende Faktoren gesellschaftlicher Regulation. Nur überlagern sich dabei Strategien des Umwelt- und Naturschutzes mit anderen Strategien der Subsumtion der Naturverhältnisse unter postfordistische, d.h. letztlich neoliberale Strategien gesellschaftlicher Restrukturierung. Mit Blick auf die biologische Vielfalt sind Strategien der Erhaltung der Biodiversität unauf lösbar verquickt mit Strategien der Inwertsetzung genetischer Ressourcen (Brand/Görg 2003). Gleichzeitig bieten sie lokalen Akteuren wenn auch nur geringe Chancen, ihre *Naturverhältnisse* nach lokalen Erfahrungen und im Rückgriff auf, aber unter Transformation von traditionalem Wissen selbst zu gestalten.

Denn im Prozess der Globalisierung werden nicht nur allgemein die Interdependenzen zwischen verschiedenen, bislang relativ isolierten Prozessen und Verhältnissen erhöht. Es werden sehr spezifisch die Abhängigkeiten und die Gestaltungschancen verschiedener Akteure neu strukturiert. Leitthemen sind dabei die *Privatisierung* und *Inwertsetzung der Natur* und die *Wettbewerbsperspektive*. Dabei kommt es aber zu einer Reartikulation der räumlichen Ebenen wie zum Aufbau neuer internationaler Regulierungsformen, einer *Internationalisierung des Staates* (Hirsch 2001; Brand/Görg 2003). Dieser Prozess ist nicht frei von Ambivalenzen. Einerseits wird lokalen Bedingungen und Akteuren insofern eine neue Bedeutung zugemessen, als hier wichtige Ressourcen angesiedelt sein können. Andererseits spielen globale Prozesse eine immer entscheidendere Rolle in der Vergesellschaftung der Natur. Dies hat weitreichende Folgen. Selbst da, wo naturräumlichen Bedingungen eine steigende Wertschätzung zugesprochen wird (wie etwa der biologischen Vielfalt in Zentren der Diversität wie dem tropischen Regenwald), werden diese Naturelemente einer kapitalistisch geprägten Aneignung unterworfen und unter die Konkurrenzperspektive neoliberaler Globalisierung subsumiert. Diesen engen *Zusammenhang zwischen neoliberaler Restrukturierung und Umgestaltung der Naturverhältnisse* haben die globalen sozialen Bewegungen, die sich weltweit unter dem irreführenden Label der „Globalisierungskritik“ etabliert haben, noch nicht angemessen zur Kenntnis genommen.

Zumindest gilt dies für die nördlichen Industrieländer. Anders dagegen in den Ländern des politischen Südens. Wo die Chancen einer Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklung eng mit den Chancen einer Gestaltung der Naturverhältnisse verquickt sind – sei es in der Regulierung der Landflucht und der Entwicklungschancen ländlicher Regionen, sei es in der Frage der Lebensmittelversorgung, sei es bei der Landfrage oder der Wasserversorgung –, da spielen die international etablierten Zwänge zur Umstrukturierung der Naturverhältnisse eine entscheidende Rolle. Daher sind hier Fragen wie die der Privatisierung von Wasser, der Patentierung von Saatgut oder der Biopiraterie von zentraler Bedeutung (Ribeiro 2002). Und diese Privatisierung der Natur hat an vielen Orten massive Kämpfe um die Erhaltung der regionalen oder lokalen Gemeingüter zur Folge (Goldman 1998).

Prozesse neoliberaler Globalisierung sind also sowohl im Hinblick auf die Restrukturierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse als auch im Hinblick auf die Naturverhältnisse zu analysieren. Defizite der praktischen wie theoretischen „Globalisierungskritik“ lassen sich dagegen immer noch dahingehend ausmachen, die immanente Vermittlung von Gesellschaft und Natur kritisch zu begreifen. Neue Abhängigkeiten zwischen „Nord“ und „Süd“, zwischen industrialisierten Kernzonen und ihrer Peripherie, werden gerade über neue Technologien und Produktionsverfahren hergestellt, betreffen damit aber auch Fragen wie die Entwicklung der Landwirtschaft und

die Verfügbarkeit von Saatgut. Davon darf weder die praktische noch die theoretische Globalisierungskritik abstrahieren. Und auch wenn zu Recht gefordert wird, dass die globalisierungskritischen Bewegungen angesichts der aktuellen Entwicklungen eine Imperialismustheorie brauchen, dann darf diese Hinwendung zu den scheinbar „harten Fragen“ wie Krieg und Gewalt nicht von der kritischen Diskussion der scheinbar „weichen“ Faktoren wie der Umweltproblematik ablenken. Sie ist eben kein Luxusproblem, sondern steht im Zentrum gesellschaftlicher Entwicklung – und sie ist allemal mit der gewaltsamen Ausbeutung der Welt eng verbunden.

Anmerkungen

- 1 Nach der Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse im Nationalstaat als erster Ordnung; vgl. zu diesem Neo-Poulantzianischen Ansatz ausführlicher in Brand/Görg 2003.
- 2 Und zwar in einem doppelten Sinne: Einerseits ist sie das Produkt einer verschwenderischen Lebensweise; und andererseits ist sie auch der sozialen Frage nachgeordnet, also ein Luxus, mit dem man sich nur beschäftigt, wenn und solange das unmittelbare materielle Leben und die soziale Integration gesichert erscheinen.
- 3 Genauer gesagt: ENSO, die El Nino/Southern Oszillation, ein globaler klimatischer Zusammenhang zwischen Meeresströmungen, Windverhältnissen und Regenfällen wie z.B. durch den Monsun; vgl. Davis 2004, 215ff. Man kann sich sicherlich darüber streiten, ob es Davis wirklich gelungen ist, die Relevanz von ENSO für seine Theorie anschaulich belegt zu haben, oder ob der rote Faden nicht durch zu viele Beispiele und eine komplizierte naturwissenschaftliche Herleitung oftmals verloren zu gehen droht (so die Kritik von Dirk Hauer im AK 487 vom 17. September 2004, S. 25). Davis steht aber weniger vor der Gefahr einer „Klimatheorie des Hungers“ (so Hauer), als dass er deutlich zu machen versucht, dass sich globale Interessenlagen und Machtverhältnisse klimatischer Entwicklungen zu bedienen wissen – von 1870 bis heute!

Literatur

- Alnasseri, Sabah, 2004: Periphere Regulation. Münster
Altvater, Elmar, 1992: Der Preis des Wohlstands – oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung. Münster
Arnold, David, 1996: The Problem of Nature. Oxford/Cambridge
Beck, Ulrich, 1986: Risikogesellschaft. Frankfurt/M.
Brand, Ulrich / Görg, Christoph 2002: „Nachhaltige Globalisierung“? In: C. Görg / U. Brand (Hg.): Mythen globalen Umweltmanagements. Münster
Brand, Ulrich / Görg, Christoph, 2003: Postfordistische Naturverhältnisse. Mit Beiträgen von Karin Blank, Joachim Hirsch und Markus Wissen. Münster
Bryant, Raymond L. / Bailey, Sinéad, 1997: Third World Political Ecology. London/New York
Ceceña, Ana Esther / Barreda, Andrés (Hg.), 1995: Producción Estratégica y Hegemonía Mundial. Mexiko
Davis, Mike, 2004: Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter. Berlin
Engels, Anita, 2003: Die geteilte Umwelt. Weilerswist
Foster, John Bellamy / Clark, Brett, 2003: Ecological Imperialism: the Curse of Capitalism.

- In: L. Panitch / C. Leys (Ed.): The New Imperial Challenge. Socialist Register 2004. London
- Fürst, Edgar, 1999: Globaler Ressourcenverbrauch, Umweltraum und ökologischer Strukturwandel – Implikationen für die Nord-Süd-Beziehungen. In: W.Hein / P.Fuchs, (Hg.): Globalisierung und Ökologie. Hamburg
- Goldman, Michael (Ed.), 1998: Privatizing Nature. London
- Görg, Christoph, 1999: Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Münster
- Görg, Christoph, 2003: Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise. Münster
- Görg, Christoph, 2004a: Postfordistische Transformation der Naturverhältnisse. In: J.Beerhorst / A. Demirovic / M. Guggemos (Hg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt/M.
- Görg, Christoph, 2004b: Von der nachholenden zur nachhaltigen Entwicklung – und wieder zurück. Vom Schicksal der Naturverhältnisse in der Entwicklungsdiskussion. In: O.Gerlach / S. Kalmring / D. Kumitz / A. Nowak (Hg.): Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie. Frankfurt/M. (i.E.)
- Hirsch, Joachim, 1995: Der nationale Wettbewerbsstaat. Berlin
- Hirsch, Joachim, 2001: Die Internationalisierung des Staates. In: J. Hirsch / B. Jessop / N. Poulantzas: Die Zukunft des Staates. Hamburg
- Luxemburg, Rosa, 1923: Die Akkumulation des Kapitals. Berlin (fotokopierter Nachdruck 1966)
- Redclift, Michael, 1994: Development and the Environment: Managing the Contradictions? In: L.Sklair (Ed.): Capitalism and Development. London
- Ribeiro, Silvia, 2002: Biopiraterie und geistiges Eigentum. In: C. Görg / U. Brand (Hg.): Mythen globalen Umweltmanagements. Münster
- Wichterich, Christa, 2002: Sichere Lebensgrundlagen statt effizienter Naturbeherrschung. Das Konzept nachhaltige Entwicklung aus feministischer Sicht. In: C. Görg / U. Brand, (Hg.): Mythen globalen Umweltmanagements. Münster

 <p>Biodiversität in der Schweiz Zustand, Erhaltung, Perspektiven</p> <p>Die Grundlagen für eine nationale Strategie Nationalobservatorium Biodiversität Schweiz</p> <p>Haupt</p>	<p>Baur et al. (Hrsg.)</p> <p>Biodiversität in der Schweiz</p> <p>Zustand, Erhaltung, Perspektiven</p> <p>Renommierete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Forums Biodiversität Schweiz beschreiben, wie es um die Biodiversität bei uns steht und welchen Wert diese Vielfalt für die Menschen hat.</p> <p>2004. 236 Seiten, 80 farbige Abbildungen, 30 Tabellen, Klappenbroschur, CHF 48.–/EUR 32.– ISBN 3-258-06800-3</p>
<p>Haupt</p>	<p>Haupt Verlag Bern • www.haupt.ch</p>